

# Sächsische Volkszeitung

Umsatzpreis: Biertäglich in der Geschäftsmesse oder von der Post abgeholt. Ausgabe A mit Umlauf. Beilage 10.00 M.  
Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland fest Haus Ausgabe A 10.05 M. Ausgabe B 9.90 M. —  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr nach.

Ringzeitung: Rundschau vom Geschäftsmessen bis 10 Uhr, von Familienangelegten bis 12 Uhr nach. — Preis für die  
Viertel-Sparte 1.40 M. im Wochentitel 8.50 M. Familienangelegenheiten 8.00 M. — Bild unbedingt gleichliegend, sonst durch  
Rednersprecher aufgegebene Ringzeitung können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

## Ein halbes Jahrhundert deutsche Zentrumspartei!

Am 28. Oktober werden sich fünfzig Jahre vollenden, seit denen die deutsche Zentrumspartei auf Grund eines klugfertigen Programmes ihre Tätigkeit im deutschen politischen und parlamentarischen Leben entfaltet hat. Dieser Anfang bildet in der Tat einen Wollstein, an dem es Nachwuchs und Ausblick zu haben gibt.

Freilich war schon lange vor dem Jahre 1870 eine Interessenvertretung der unter den Stamm der Zentrumspartei ausmachenben Anhänger geschaffen. Im preußischen Abgeordnetenhaus war diese Bewegung eingesetzt worden. Nachdem in der preußischen Verfassung vom 21. Januar 1850 neben der evangelischen auch die römisch-katholische Kirche ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit garantirt erhalten mußte, so unter den Katholiken Preußens als schroffe Abseitigung angesehen werden, als die Ernennung des Kultusministers von Raum vom 22. Mai 1852 geradezu Kontrollrecht über die Tätigkeit des religiösen Lebens sich annahm. In jenen Tagen müssen insbesondere die Missionen und die Predigten der Missionen unter einer grünen Überwachung gestellt. Die Abhaltung solcher Missionen konnte sogar verboten werden, als der Begründung, daß die öffentliche Ruhe dadurch gefährdet würde. Als dann am 29. November 1852 die Gründung des neuen preußischen Landtages stattgefunden hatte, traten unter der Führung der Gebrüder Peter und August Weidenperger 64 katholische Abgeordnete zu einer Fraktion unter dem Namen „Katholische Fraktion“ zusammen. Diese Fraktion zählte freilich 68 Mitglieder. Polenische Sieben Herren bildeten den Vorsitz: Peter und August Weidenperger, Paul von Waldhoff-Pissenheim, Graf Josef Stossberg, Walther von Petzels, Oberstluitnant Rohden. Die Fraktion stellte sich lediglich zur Aufgabe, die katholischen Beschwörungen der Verfassung vom 21. Januar 1850 zu verteidigen. Ein besonderes Programm gab sie sich nicht. Ein Konsens, betreffend die Aufhebung der katholischen Gefasse, wurde am 12. Januar 1853 mit 175 gegen 123 Stimmen abgelehnt. Eine besondere Aktionskraft entfaltete diese Fraktion bis zum Jahre 1858 nicht mehr. Als dann die Wahlen von Preußen im November 1858 wiederum 58 katholische Abgeordnete ergeben hatten, schlossen sie diese unter der Bezeichnung „Fraktion des Zentrums (katholische Fraktion)“ zusammen. Hier begannen wir zum ersten Male der Bezeichnung Zentrum. Diese Bezeichnung war eine ganz willkürliche, ohne irgendwelche innere Bezugnahme oder Bedeutung. Der Name wurde deshalb gewählt, weil die Mitglieder der katholischen Fraktion immerfort in der Mitte des Dorfes, also im Zentrum, standen. Das ist ja auch bis heute so geblieben, trotz aller Verschiebungen rechts oder links. Diese „Fraktion des Zentrums“ hat aber wiederum kaum eine eigene Fraktionstätigkeit entfaltet. Im ganzen Jahre 1859 ist sie überhaupt nicht zusammengetreten. Ihre Konstituierung erfolgte erst am 7. Februar 1860. Bis 1867 behielt die Fraktion ihren Namen, obwohl über parlamentarisch sich besonders zu betätigten. Zwischen 1867 und 1870 bestand weiter im preußischen Abgeordnetenhaus noch im Reichstag des norddeutschen Bundes eine die Abgeordneten katholischer Richtung umfassende Fraktion.

Wiederum waren es dann äußere Umstände, welche den katholischen Zentralrat zur Schaffung einer parlamentarischen Vertretung zwangen. Es war hauptsächlich unter der Führung von Bernhard der Protestanturbewegung gegründet worden, der sich als Vorsitz ausdrücklich das Motto „Kampf gegen Rom“ gab. Man erklärte damals ganz offen, daß — man hatte gerade die Schlacht von Königgrätz hinter sich und — von den letzten politischen Ereignissen der Jahre — nunmehr das Ziel der Protestantisierung Europas mit allen Mitteln durchgeführt werden müsse. Aber auch jetzt waren immer noch nicht katholische Maßen zu einer Aktion herausgebracht. Da rückte die Erfahrung des Domänenvertrages in Roßlau durch den Berliner Straßenspaziergang am 16. August 1860 den Katholiken, wie die Dinge standen, Peter Weidenperger lädt am 11. Juni 1870 einen berühmt geworbenen Aufruf zur erneuten Sammlung der katholisch gerichteten Abgeordneten im neu zu wählenden preußischen Parlament. Dieser Aufruf, der in der „Katholischen Volkszeitung“ erschienen war, sollte gewissermaßen ein Wahlprogramm dar. Am 29. Juni 1870 tagten die katholischen Vereine von Rheinland und Westfalen in Essens. Sie erkannten eindeutig die durch den Sturm gegen die Katholiken geschaffene Lage, beschäftigten sich mit Peter Weidenpergers Aufruf, welchen sie zu ihrem Wahlprogramm erklärten. Es kam dann am 28. Oktober 1870 zu jener in der Vorstellung eine hervorragende Rolle spielenden Versammlung von Katholiken in Soest, in welcher das für alle künftige Parteiarbeit grundlegende Soester Programm geschaffen wurde. Der 28. Oktober 1870 ist daher als der eigentliche Geburtstag der deutschen Zentrumspartei zu betrachten, und dieses Jubiläum eines fünfzigjährigen Bestens in zurückgewandter Zeit geblieben zu würdigen, ist der Zweck dieser Gedenkherrschaft.

Das Soester Wahlprogramm vom 28. Oktober 1870, welches grundlegend für die gesamte politische Arbeit der Zentrumspartei geworden ist, hatte folgenden Wortlaut:

### Wahlprogramm.

Für Wohlheit, Recht und Freiheit!

1. Erhaltung der verfassungsmäßigen anerkannten Selbstständigkeit und Rechte der Kirche, Abwehr jeden Angriffs auf die Unabhängigkeit der kirchlichen Organe, auf die Entwicklung allgemeinen Lebens und die Erhaltung christlicher Freiheit.

2. Tatsächliche Durchführung der Parität der anerkannten Religionen.

3. Abwehr jedes Versuchs zur Enteinfachung der Ehe.

4. Konfessionelle Schulen.

5. Für das ganze deutsche Vaterland ein Bundesstaat, der im Notwendigen die Einheit schafft, in allem übrigen aber die Unabhängigkeit, freie Selbstbestimmung der Bundesländer, sowie deren verfassungsmäßige Rechte unangetastet läßt.

6. Desentralisation der Verwaltung auf Grundlage der Selbstständigkeit der politischen Korporationen in Gemeinde, Kreis und Provinz.

7. Mögliche Verhinderung der Staatsausgaben und damit der Steuern und Kosten, sowie deren gleichmäßige und gerechte Verteilung.

8. Ausschaltung der Interessen von Kapital und Grundbesitz sowie von Kapital und Grundbesitz einerseits und der Arbeit andererseits, durch Erhaltung und Förderung eines kräftigen Mittelstandes in einem selbständigen Eltern- und Bauernlande.

9. Freiheit für alle den geistlichen Boden nicht verlassenden Gemeinschaften zur Lösung der sozialen Aufgaben. Religiöse Gesellschaften sind solcher Verständigung, welche den Arbeiter mit moralischen oder spirituellen Ruinen bedroht.

Soest, den 28. Oktober 1870.

Als diese neue Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus dann zusammensetzte, wurde natürlich recht lebhaft darüber gesprochen, ob man weiter den Namen einer katholischen Fraktion wählen soll oder nicht. Man war von Anfang an gegen die Gründung einer ausschließlichen konfessionellen Fraktion. Man bewies es als eine Notwendigkeit im Kampfe um die Verteilung von Grundbesitz und Rechten „die wahre katholische Konfession und charaktervollen Christen zu sein als nachstehende Bundesgenossen zu haben“. Man kam daher, wie in Wiffels Geschichte zu lesen ist, überein, „zu einer politischen Fraktion direkt-konservative Richtung zusammenzutreten“. Das blieb aber nicht daran, daß dem Zentrum immer wieder der Vorwurf einer konfessionellen Partei, die im politischen Leben nichts zu suchen habe, gemacht wurde und daß vom führenden Konservativen, wie später vom Grafen Caprivi, mit diesem Vorwurf operiert wurde. Es ist klar nicht der Platz, um all die ausführlichen Erörterungen Windhorsts, Weidenbergers und anderer hervorragender Führer der Partei anzuführen. Es sei nur bemerkt, daß gerade in jenen ersten Streitzeiten die meisten protestantischen dem Zentrum angehören. Wir nennen nur Freiherrn von Wangenheim, Götz von Olsnitsch, Dr. Brügel, von Merlach, Freiherrn von Hodenberg usw. Naemlich die protestantischen Hannoveraner zählten immer zum Zentrum. Es erwies sich nun allgemein als notwendig, die Arbeit der Zentrumspartie auf den Boden eines festen Programms zu stellen. Am 11. Dezember 1871 gaben sich 48 Mitglieder des Abgeordnetenhauses unter dem Vorsitz des Herrn von Gablitz ein Programm, das im Sturm der Zeit bis heute für die Arbeit des Zentrums im preußischen Abgeordnetenhaus maßgebend blieb. Es lautete in seinen zwei entscheidenden Sätzen folgendermaßen:

Die Fraktion stellt sich zur bekannten Aufgabe, für Aufrechterhaltung und organische Fortentwicklung verfassungsmäßigen Rechtes im allgemeinen und insbesondere für die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen einzutreten.

Die Mitglieder derselben suchen diese Aufgabe auf dem Wege freier Verhältnisse zu entfalten, und soll die Freiheit des Einzelnen in Bezug auf seine Auffassungen keine Beeinträchtigung erleiden.“

Sodann war es aber auch nötig, für die ersten Reichstagswahlen von 1871 ein Wahlprogramm für die Zentrumspartie aufzustellen. Das geschah unter dem 11. Januar 1871 durch Peter Weidenperger in einem Aufsatz zu den Reichstagswahlen, in welchem es hieß:

„Die Wahlen zum Deutschen Reichstag seien nahe bevor. Von welcher tiefschreitenden Bedeutung dieselben sind, bedarf nicht erst der Darlegung. Wogen unsre Erinnerungen noch doch sehr dahin wirken, daß ihr Aussoll dem Vaterlande zum Heile gereicht. Es wird dies nur dann der Fall sein, wenn aus der Wahl-

## Abbruch des Schulstreites in Blauen!

Der Streit der katholischen Eltern in Blauen dauert nun schon fast zwei Monate. Es haben selbstverständlich in dieser Zeit verschiedentlich Verhandlungen stattgefunden, so am Montag im Rathaus von zwei Vertretern des Reichsministeriums des Innern. Das sächsische Kultusministerium hält an der Richtigkeit seines Reichsstandpunkts fest. Über diesen Reichsstandpunkt bestehen ja bekanntlich verschiedene Ansichten. Die Vertreter der katholischen Eltern haben nun am Montag erklärt, daß sie für den sofortigen Abbruch des Schulstreites eintreten werden. Sie haben diese Erklärung abgegeben in der Hoffnung, daß eine Regelung erfolgt, welche ein etwähliges Zustand bis zum Erlass des Reichsschulgesetzes schafft. Das Kultusministerium hat seinerseits darauf den Standpunkt eingenommen, daß es zwar seinem Reichsstandpunkt, der auch von der Reichsregierung als vertretbar anerkannt wurde, vollständig mithören müsse, daß es aber im Interesse des Friedens und mit Rücksicht auf die allgemeinen politischen Verhältnisse sich damit einverstanden erklären wird, auch die 6. Klasse der katholischen Schule in Blauen konfessionell zu erhalten. Die endgültige Regelung dieser Angelegenheit soll erfolgen, sobald das Reichsschulamt in Blauen die amtliche Mitteilung von dem Abbruch des Schulstreites gemacht hat. Es werden somit wie die beiden untersten Klassen (6. und 7. Klasse), die bereits vor Inkrafttreten der Reichsverfassung simultanisiert waren, bis zum Erlass des Reichsschulgesetzes simultanisiert bleiben. Simillare obigen Klassen der katholischen Schulen werden also ihren konfessionellen Charakter erhalten.

wurde schriftliche, charaktervolle Männer hervorgehoben, welche das moralische und materielle Wohl aller Klassenfamilien von aller das Deutsche Reich bildenden Stämmen am Herzen liegen, welche die bestehenden Belohnungen nur insofern der Einheit geopfert haben wollen, als dieelben nachrichtlich dem Ganzen zum Schaden gelangen, welche endlich — wie die politische — so auch die kirchliche Freiheit und das Recht der Missionssgesellschaften gegen niederliche Eingriffe der Regierung sowohl als gegen feindliche Parteibündungen entschieden gewahrt wollen.“

Auf Grund dieses Programms wurden zum ersten Reichstag des neuen Deutschen Reichs am 3. März 1871 67 Abgeordnete gewählt. Sie gaben sich am 21. März 1871, als sie sich zu der Konstitution des Reichstages zusammenfanden, folgendes Programm, das für die Arbeit der Zentrumspartei bis jetzt unterzeichnet ist:

Zurück zu Inhaltsumfang zurück.

Die Konstitution des Deutschen Reichstages hat folgende Grundzüge für ihre Tätigkeit aufgestellt:

1. Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, vermögen den Verhältnissen, welche auf eine Verbindung des überwiegenden Charakters der Reichsverfassung abzielen, entsprechend und von der Selbstbestimmung und Selbstständigkeit der einzelnen Staaten und allen inneren Angelegenheiten nicht mehr geopfert werden, als die Ressorten des Kanzlers so unabkönnlich fordern.

2. Das moralische und materielle Wohl aller Volksschulen ist nach Kräften zu fördern; für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches ist die verhältnismäßige Sicherung der Rechte der Religionen zu erzielen und insbesondere das Recht der Missionssgesellschaften gegen Eingriffe der Regierung zu schützen.

3. Die Freiheit verhindert und befreit nach deinen Gewissenslagen über alle in dem Reichstage zur Beratung kommenden Gegenstände, ohne daß allerdings den einzelnen Mitgliedern der Fraktion verwehrt wäre, im Reichstage ihre Stimme abzugeben.“

Der Sturm der Revolution hat nach dem verkörperten Weltkrieg auch das Deutsche Reich auf eine andere Grundlage gestellt. Gewisse Voraussetzungen, die früher unter monarchialistischer Taktik galten, sind, so wie eine republikanische Staatsform haben, im Weltall gefallen. Aber all das hat für das Staaten- und Widerstand der Zentrumspartei keine grundzügige Anerkennung erlangt. Das Zentrum ist heute immer noch das, was es früher war. Die wahre christliche Volkspartei, deren vornehmstes Ziel die Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksschulen und die Sicherung der bürgerlichen und der religiösen Freiheit aller Reichsbürgerschaften ist.

Die neue Zeit hat auch am Zentrum festig geprägt. Nicht ohne tiefe Rücksicht ist die Partei aus dem nachrevolutionären Wahlkampf hervorgegangen. Es ist hier nicht der Platz, um all die Meingründe anzuhören und zu begründen, welche das Zentrum von andern, seine Arbeit den veränderten Formen anzupassen. Aber das müssen auch heute selbst die Gegner des Zentrums zugestehen, daß es auf den Stämmen, die alle anderen Parteien aus den Kriegen